Regierungsratsbeschluss vom 29. März 2022

Budgetpostulat für 2022 der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Gesundheitsdepartement, Dienststelle 730, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Trägerschaft Palliativ-Woche) **P215827**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, das Budgetpostulat der Gesundheits- und Sozialkommission nicht zu erfüllen.

Begründung

Mit dem Budgetpostulat 2022 der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Gesundheitsdepartement, Dienststelle 730, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Trägerschaft Palliativ-Woche) bittet die Kommission den Regierungsrat, einen zusätzlichen Betrag von 20'000 Franken pro Jahr für den Verein palliativ bs+bl ins Budget zu stellen. Mit diesem Betrag soll im Rahmen der Palliativ-Woche die baselstädtische Bevölkerung für das Thema Palliative Care sensibilisiert werden. Der Regierungsrat anerkennt und schätzt die Leistungen des Vereins palliativ bs+bl. Er sieht jedoch im Kanton Basel-Stadt aktuell keinen Bedarf für eine Erweiterung des Angebots an Sensibilisierungsmassnahmen. Mit dem bestehenden Angebot ist der aktuelle Bedarf abgedeckt. Zudem organisiert der Kanton regelmässig Koordinationskonferenzen in Kooperation mit dem Kanton Basel-Landschaft mit dem Ziel, die Palliative Care weiterhin in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Nicht plausibel ist für den Regierungsrat die angestrebte Finanzierung der Palliativ-Woche durch den Kanton Basel-Stadt allein. In Anbetracht der bikantonalen Finanzierung des Vereins palliativ bs+bl wäre es angezeigt, dass der Verein auch beim Kanton Basel-Landschaft einen Finanzierungsantrag stellt. Eine paritätische Finanzierung der Palliativ-Woche könnte der Regierungsrat in Betracht ziehen.